

(Abg. Günther.)

- (A) in welcher Weise man von Stufe zu Stufe eine Herabminderung dieser dem Mittelstande zugesprochenen Rechte bewirkt hat."

Es handelte sich damals lediglich darum, die variiierende Stellung der rechtsstehenden Parteien zu kennzeichnen, um eine Feststellung demgegenüber hat es sich gehandelt, um nichts anderes. Und an anderer Stelle habe ich dann ausgeführt:

„Nun liegt ein Antrag Enke-Hofmann-Knobloch-Ulrich vor. Wir werden für diesen Antrag in dem Sinne stimmen, damit zu bekunden, daß wir bereit sind, Verbesserungen vorzunehmen, ohne uns damit selbstverständlich für das Gesetz erklären zu wollen, denn wir werden gegen diese Gesetzesvorlage aus formellen, verfassungsrechtlichen und materiellen Gründen stimmen.“

Meine Herren! Ich glaube, da ist klar genug die Stellung dokumentiert, die ich seinerzeit mit meinen politischen Freunden bei der Wahlrechtsreform in diesem Hohen Hause eingenommen habe, und ich habe in derselben Rede noch wörtlich ausgeführt:

„Die Vorlage wird bei unseren Arbeitern und Kleingewerbetreibenden wieder ein Gefühl der Bitterkeit auslösen.“

- (B) und an anderer Stelle:

„daß alle mit weniger als 4 Stimmen bedachten Wähler sich zurückgesetzt fühlen müssen. An einer solchen Tatsache läßt sich nichts ändern, eine solche Tatsache spricht für sich selbst.“

Das alles steht in derselben Rede, aus der so stückweise etwas herausgenommen und hier in dem „Politischen Handbuch“ der Sozialdemokratie verwertet worden ist. Hätte man weiterlesen wollen, so hätte man den richtigen Standpunkt, die gesamte Stellung meiner politischen Freunde durchaus richtig wahrnehmen müssen. Ob es an gutem Willen gefehlt hat, nach dieser Richtung hin die Öffentlichkeit objektiv zu unterrichten, das überlasse ich Ihrer Beurteilung. Ich möchte aber diesen Gegenstand nicht verlassen, ohne darauf hinzuweisen, daß auf S. 47 dieses sozialdemokratischen Handbuchs gesagt wird:

„Wir sehen hier denselben freisinnigen Günther, der angeblich das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht forderte, für die Eventualvorlage schwärmen.“

Ich glaube, meine Ausführungen haben dargetan, was man von dem objektiven Werte einer derartigen

publizistischen Leistung in dem sozialdemokratischen Handbuche zu halten hat.

(Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Es ist nichts als ein tendenziöses Machwerk, darauf berechnet, die tatsächlichen Vorgänge in der Öffentlichkeit außerhalb dieses Hauses gefälscht wiederzugeben.

(Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Meine Herren! Der Antrag der Sozialdemokratie ist also für uns aus den Gründen, die ich schon nannte, unannehmbar. Wenn es sich darum gehandelt hätte, den Antrag zu besprechen, zu unterstützen, mit welchem wir das allgemeine, das gleiche Wahlrecht zu erstreben hätten, dann läge die Sache ganz anders. Wir haben unseren Antrag vom vorigen Landtage nicht wieder eingebracht. Wir haben ja heute, in der vorigen Woche und früher gehört, wie der gegenwärtige Landtag wieder mit vielen Arbeiten überlastet ist. Wir hatten unseren guten Grund, den im vorigen Landtage eingebrachten Antrag nicht zu wiederholen. Der Grund liegt nicht zuletzt in der reichen Arbeit, die wir zu erwarten hatten, und in der Tat ist es so gekommen, wie wir voraussehen vermochten. Wir behalten uns aber vor, in demselben Sinne, wie wir früher unseren Standpunkt vertreten haben, auch mit neuen Anträgen zu gegebener Zeit an den Landtag heranzutreten.

(Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Aus unserer heutigen Stellungnahme aber schließen zu wollen, wenn wir den Antrag auf Drucksache Nr. 28 ablehnen, als wären wir nicht für das allgemeine gleiche Wahlrecht, das wäre durchaus irrig; es wäre nach keiner Seite hin berechtigt, etwas derartiges zu behaupten.

Dagegen werden wir dem Antrage auf Drucksache Nr. 28 Punkt 2, die Wahl an einem Sonntage vorzunehmen, zustimmen. Ich bin erstaunt, welche Unkenntnis gerade bezüglich dieses Punktes hier bei den Herren Vorrednern vorhanden gewesen ist. Es handelt sich um gar nichts Neues. Wir haben ja schon in einem Parlament gesetzlich die Bestimmung, daß die Wahl am Sonntage vorgenommen wird.

(Zuruf: Schweiz!)

Wir brauchen gar nicht von der Schweiz zu reden, wir wollen im Deutschen Reiche bleiben. Wir brauchen gar nicht so viel Fahrgeld auszugeben, um nach der